

Gerd Langguth: Die „Ausserparlamentarische Bewegung“ als **Herausforderung** für die Demokratie

Gegen eine Mythologisierung von '68

Prof. Dr. Gerd Langguth, lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

Er war Bundesvorsitzender des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten von 1970 bis 1974. Er ist Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der Berichterstattung im Fernsehen und im Hörfunk, selbst in manchen Printmedien über die einstige „Ausserparlamentarischen Opposition“ (APO), von einigen auch „Antiparlamentarischen Opposition“ bezeichnet, schwingt häufig sehr viel Nostalgie mit.

Nicht immer war der Versuch gelungen, am Beispiel der post-68er „Sponti“-Aktivitäten des heutigen Bundesausenministers ein zeithistorisch wichtiges Thema aufzuarbeiten, das geradezu überfallartig in die politische Arena kam. Eine vorurteilslose Analyse eines Geschehens, deren Folgen bis in die Gegenwart so sichtbar hineinreicht, ist indes ausserordentlich schwierig.

Manche dieser Aktivisten aus „glorreichen Zeiten“, die ihre damaligen Lebensentwürfe in gelegentlich modifizierender Form verteidigen, stehen nunmehr in hoher und höchster Verantwortung. Manche Wissenschaftler, die seinerzeit auf den Barrikaden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) oder anderer Organisationen kämpften, monopolisieren heute weitgehend die wissenschaftliche Aufbereitung einer Epoche, die gleichwohl zu den wichtigsten der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört.

Der Versuch, im Bundestagswahlkampf 1998 auf die Gefahren hinzuweisen, die der Bundesrepublik Deutschland drohen, wenn jetzt die „68er“ in Regierungsverantwortung geraten, war auch deshalb zum Scheitern verurteilt, weil in breiten Teilen der – insbesondere jüngeren – Bevölkerung ein Schreckbildnis „APO“ kaum noch existiert. Wir müssen uns dabei der zeitlichen Dimensionen klar werden: Für die „68er“ Generation war das Ende des Zweiten Weltkrieges genauso weit weg wie für die heutige junge Generation der Ausbruch der Studentenrevolte.

Die 68er Revolte und ihre Folgen seien in acht Thesen zusammengefasst:

ERSTENS: *Zweifellos war die 68er Protestbewegung das wichtige innenpolitische Ereignis der Bundesrepublik Deutschland vor der deutschen Einheit 1989/1990. Die fundamentale Herausforderung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zwanzig Jahre nach ihrer Gründung traf die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen in Regierung, Parteien aber auch in den Hochschulen völlig unvermittelt und unvorbereitet. Auch die Sozialwissenschaften verfügten über keine prognostischen Fähigkeiten.*

Helmut Schelsky oder Ludwig von Friedeburg meinten noch kurz vor Ausbruch der Revolte, die junge Generation in Deutschland würde sich kaum für radikale und revolutionäre Ideologien anfällig erweisen: „Aber was sich auch ereignen mag, diese Generation wird nie revolutionär, in flammender kollektiver Leidenschaft auf die Dinge reagieren. Sie trägt kein Bedürfnis in sich, elitäre Gemeinschaften zu stiften oder Ordnungsprinzipien zu verwirklichen. Sie wird alles Kollektive ablehnen, ohne daraus ein Gegenprogramm zu machen.“ (Schelsky) Oder Ludwig von Friedeburg zum Thema „Jugend“ noch 1965: „Überall erscheint die Welt ohne Alternativen, paßt man sich den jeweiligen Gegebenheiten an, ohne sich zu engagieren, und sucht sein persönliches Glück im Familienleben oder Berufskarriere. In der modernen Gesellschaft bilden Studenten kaum mehr ein Ferment produktiver Unruhe. Es geht nicht mehr darum, sein Leben oder gar die Welt zu verändern, sondern Angebote bereitwillig aufzunehmen und sich in ihr, so wie sie nun einmal ist, an-

gemessen und distanziert einzurichten.“ Die dann kurz danach ausbrechende Revolte war trotz allem Bemühens einer Ausweitung weitgehend auf Oberschüler und Studenten begrenzt: Während sich beispielsweise 36 Prozent der Studenten im Januar/Februar 1968 und sogar 53 Prozent im Juni/Juli 1968 an Demonstrationen beteiligten, waren lediglich fünf Prozent der nichtakademischen Jugend zu diesem Zeitpunkt an einer politischen Demonstration beteiligt.

ZWEITENS: *Zwar handelte es sich bei der Studentenrevolte um ein weltweites Phänomen, doch waren die Erschütterungen in Westdeutschland weitergehender, tiefer und fundamentaler als in allen anderen westlich geprägten Demokratien. Die „freieste Demokratie auf deutschem Boden“ hatte noch nicht genügend verwurzelte demokratische Traditionen entfaltet, die Rebellion vieler junger Menschen war in vielen Fällen auch ein Aufbegehren gegen die eigene Elterngeneration und ihr Versagen im „Dritten Reich“. Deutschland – die Bundesrepublik war zudem besonders treuer Partner der Vereinigten Staaten von Amerika – war zudem im Fokus der Ost-West-Spannungen, was nicht nur zu einer spezifischen Politisierung der westdeutschen Bevölkerung führte, sondern, was wir heute besser wissen, auch zum nicht immer erfolgreichen Bemühen der damaligen DDR/SED-Führung, die Ereignisse in Westdeutschland massiv zu instrumentalisieren.*

Die Revolte war in Westdeutschland heftiger, zumindest langzeitorientierter als in den anderen westlichen Staaten (insoweit in-

tensiver als auch in Frankreich, wo es ebenfalls heftige, aber nicht so lang anhaltende Eruptionen gab). Auch die Folgewirkungen – eine davon war der Terrorismus – waren in Deutschland intensiver, härter.

Zum einen war in Deutschland – bedingt durch den Ost-West-Konflikt – die politische Atmosphäre sehr viel rigider, polarisierter. Es fehlten lang eingeübte demokratische Traditionen, die in anderen Gesellschaften ganz selbstverständlich waren. Es war den politisch tragenden Kräften – Regierungs- wie demokratischen Oppositionsparteien, aber auch Kirchen und Verbänden und anderen wichtigen gesellschaftlichen „Sinnproduzenten“ – nicht gelungen, die Demokratie, die nach den Erfahrungen des Totalitarismus rechter wie linker Couleur als eine Selbstverständlichkeit interpretiert wurde, inhaltlich zu begründen. Die sehr starke Konfrontation zwischen Ost und West hatte berechtigterweise einen Antikommunismus aufkommen lassen, dessen wesentliche Basis gleichwohl viele Jahre in der Abwehr einer totalitären Gesellschaftsordnung bestand, weniger im Aufzeigen einer eigenen politischen Perspektive, die dem damaligen Bedürfnis nach „Utopien“ hätte gerecht werden können.

Alexander Schwan und Kurt Sontheimer wiesen damals zu Recht darauf hin, das parlamentarische Regierungssystem sei „in einer zu idealistisch und theoretisch orientierten Schulerziehung hochgelobt“ worden. Die Schüler seien auf politische Konflikte nicht vorbereitet worden, die dann später häufig anzutreffende Einsicht in die Diskrepanz politischer Theorie und politischer Realität verschärfte die kritische Distanz vieler junger Menschen gegenüber der Demokratie. Diese kritische Haltung wurde noch durch den Abschluß der Großen Koalition im Jahre 1967 forciert, als etwa neunzig

Prozent der im Deutschen Bundestag sitzenden Abgeordneten die Regierung stützten.

DRITTENS: *Die besondere Wucht der Jugendrevolte in Deutschland resultierte auch aus dem Zusammenprall zweier zeitlich parallel laufender Tendenzen heraus – nämlich einerseits einer linkssozialistisch geprägten, wenn auch diffusen politischen Bewegung und andererseits einem spezifisch jugendkulturellen Aufbegehren. Letzteres schlug sich in der Musik, in einem neuen Kleidungsstil, in Toleranz zu Haschisch und anderen weichen Drogen und schließlich – in ihrer Wirkung auch bei „unpolitischen“ Jugendlichen nicht zu unterschätzen: – in einer „sexuellen Revolution“ nieder. Diese Kombination aus Jugendbewegung und politischer Bewegung verlieh der Protestbewegung ihre eigentliche revolutionäre Sprengkraft.*

Gemischt wurden diese Tendenzen mit allgemeinen kulturpessimistischen Betrachtungsweisen, die sich auch in Form eines Antiamerikanismus niederschlugen, der wiederum wegen des Vietnam-Engagements politisch instrumentalisiert wurde. Die Durchschlagskraft der Protestbewegung lag nicht nur in ihren politischen Zielsetzungen, die eine Fundamentalkritik an „den Herrschenden“ darstellte und an den Grundfesten der Nachkriegsdemokratie zu rühren schien, sondern verlangt auch nach sozialpsychologischen Erklärungen. Dies formulierte übrigens selbst Jürgen Habermas als einer der Mentoren des studentischen Protestes: „Weil das Potential der Unzufriedenheit nicht aus ökonomischer, sondern aus einem psychologisch bedingten Unbehagen in der

Kultur hervorgeht, verdanken sich die Definitionen des gegenwärtigen Zustandes nicht einem evidenten Pauperismus, sondern einer eher esoterischen Kulturkritik.“ Der der Sozialdemokratie nahestehende bedeutende Politikwissenschaftler Richard Löwenthal fasste seine Diagnose präzise wie folgt zusammen: „Die kämpferische Haltung der jungen deutschen Intellektuellen von heute, ihre radikale Kritik an der modernen Industriegesellschaft entwickeln sich...auf dem Boden eines nur allzu deutlich durchscheinenden Kulturpessimismus. Hinter der Erneuerung der radikalen Utopie wird eine Grundstimmung von Verzweiflung erkennbar, hinter der Glaubenssehnsucht nicht selten ein Nihilismus, dem die humanistischen Werte unserer Zivilisation als bloße Heuchelei erscheinen.“

Daß die SDS-Strategie so erfolgreich war, hing mit ihrem monopolistischen Anspruch auf politische „Wahrheit“, mit der Verheißung einer Ideologie und der Gleichsetzung der studentischen Massen mit dem revolutionären Subjekt zusammen, was in Wirklichkeit die Strategie einer elitären Minderheit war. Der SDS ging von einer Theorie des autoritären Staates aus und berief sich dabei auf Max Horkheimer: „In allen seinen Varianten ist der autoritäre Staat repressiv. Die maßlose Vergeudung...entsteht...aus den unverschämten Bedürfnissen des Machtapparats und aus der Vernichtung jeglicher Initiative der Beherrschten: Gehorsam ist nicht so produktiv.“ Und Wolfgang Dreßen schrieb: „Der letzte Feind bleibt der Staat, und alle sind objektiv gegen ihn vereinigt...Der Gegensatz ist nicht mehr der zwischen Proletariern und Kapitalisten, sondern der zwischen lebendiger Arbeit und verselbständigten Institutionen, die keinerlei Interessen mehr entsprechen...“

Das Elitenkonzept des SDS – im engen Zusammenhang mit der Theorie des autoritären Staates – zeigte sich auch an der Manipulationsthese. Der SDS zeichnete sich nicht nur durch eine Strategie der Verweigerung aus, sondern dieser war auch von der Grundüberzeugung getragen, daß infolge „Manipulation“ das eigentliche revolutionäre Subjekt, das Industrieproletariat, nicht in der Lage sei, seine eigenen, „objektiven“ sozialen und politischen Interessen zu erkennen. Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland verhindere die freie Selbstentfaltung des Menschen durch Manipulation, Repression und Konsumterror. Die lohnabhängigen Massen seien derart manipuliert, daß sie für eine sozialistische Politik seinerzeit nicht mehr mobilisierbar seien. Deshalb seien die Intellektuellen noch am ehesten in der Lage, die totale Manipulation zu durchschauen und die unmündigen Massen gegen das „spätkapitalistische System“ zu mobilisieren.

Diese totale Manipulation wurde von Dutschke mit den folgenden Worten begründet: „Durch Konzessionen.....werden die Massen noch bei der Stange gehalten. Hinzu kommt, daß es dem System gelungen ist, durch langjährige funktionale Manipulation die Menschen auf die Reaktionsweise von Lurchen zu regredieren.“ Nur Studenten und generell „Intellektuelle“ sozusagen als sozial freigesetzte Wesen seien in der Lage, den eigentlichen revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen. So vertraten Reiche und Gäng die Auffassung, den Studenten komme im revolutionären Kampf eine Schlüsselstellung zu: „Mit der Verschärfung der Manipulation, mit der Externalisierung der sozialen Konflikte, die diese in den Bereich des Unüberprüfbar verschob, haben sich die Intellektuellen quasi als der Punkt erwiesen, an dem

das Durchbrechen der Manipulation noch möglich ist. Es ist in diesem Zusammenhang gewiß kein Zufall, daß sich in den spätkapitalistischen Ländern, besonders USA, BRD, Frankreich und teilweise sogar in den von den kapitalistischen Staaten ökonomisch abhängigen Ländern (z.B. Persien) die Studenten und Intellektuellen immer mehr als die bestimmende, oft einzig lebendige oppositionelle Kraft herausbilden.“ Die Antiautoritären gingen zudem von einer „Randgruppenstrategie“ aus, wobei – nach Rabehl – zu den „Randschichten“ u.a. gehörten: „De-klassierte Intelligenz, Intelligenz, die außerhalb des Apparats steht, die gewisse Einsichten hat und sich weigert, im Apparat mitzuarbeiten.“ Dazu gehöre auch das „Lumpenproletariat“.

VIERTENS: *Die Protestrevolte war dabei vor allem so lange besonders erfolgreich, so lange sie als „antiautoritäre“ Bewegung im wesentlichen im „Anti“ verharren konnte. Je mehr sie gezwungen wurde, positiv aufzuzeigen, was sie denn an die Stelle der bekämpften Ordnung setzen wolle, setzen sich Friktionen, Spaltungstendenzen durch. Die dogmatischen Kommunisten haben frühzeitig versucht, durch das Instrument des „Antifaschismus“ die ideologischen Unterschiede herunterzuspielen und die „Gemeinsamkeiten“ im „Kampf gegen den Faschismus“, im „Kampf gegen rechts“ zu betonen.*

Von den politischen Gegnern des SDS wurde die Qualität der politischen Theorie des SDS überschätzt. Überdeckt wurde dieser Mangel durch wenige Ideologen, wobei für den SDS der durch einen Autounfall im Februar 1970 ums Leben gekommene

Hans-Jürgen Krahl unersetzlich war. Und als bedeutsam muß natürlich der – mit charismatisch-demagogischen Fähigkeiten versehene – Rudi Dutschke genannt werden. Heute wird zwar auf Veteranentreffen des ehemaligen SDS kritisiert, dieser habe keine Theorie über das gehabt, was das revolutionäre Subjekt sein könne, keine Theorie hinsichtlich seiner eigenen Funktion innerhalb der Arbeiterbewegung und hinsichtlich der Transformation der Gesellschaft. Sein politischer Erfolg hielt indes an, so lange er und der SDS kein dezidiertes positives politisches Programm benennen mussten, sondern lediglich eine allgemeine Utopie eines „neuen Menschen“, eine „Kultur ohne Unterdrückung“ und ohne „repressive Mechanismen“ vertraten – alles Forderungen von Herbert Marcuse, der stark von den psychoanalytischen Erkenntnissen Sigmund Freuds ausging. Mit der Zeit langte es nicht mehr – wie dies Dutschke tat – eine „Kulturrevolution“ zu fordern, eine „kulturrevolutionäre Übergangsphase“ auf dem Wege zur Erlangung des „Neuen Menschen“ zu konstatieren.

Herbert Marcuse beispielsweise entgegnete seinerzeit auf die Frage nach der Alternative: „Können wir arbeiten für die Umwälzung der bestehenden Gesellschaft, ohne eine solche konkrete Alternative anzugeben? Die konkrete Alternative ist bis jetzt Negation, aber in dem Negativen selbst steckt schon das Positive. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: Wenn ich zum Beispiel die Frage in Amerika beantworten soll: Was wollt ihr eigentlich an Stelle der bisherigen Gesellschaft, würde ich sagen: Wir wollen eine Gesellschaft, in der es keine Kolonialkriege gibt, in der keine Kolonialkriege geführt werden müssen, in der keine faschistischen Diktaturen eingerichtet werden müssen, in der es keine zweitklassigen und dritt-

klassigen Bürger mehr gibt. – Das ist alles neaktiv formuliert; aber man muß schon ein Vollidiot sein, um nicht zu sehen, daß in der negativen Formulierung bereits das Positive steckt.“ Auch Dutschke weigerte sich, die konkrete Frage nach der Alternative zu beantworten: „Ein Dutschke will keine Antwort geben. Das wäre genau die manipulative Antwort, die ich nicht zu geben bereit bin; denn was soll es bedeuten, als einzelner Antwort zu geben, wenn die gesamtgesellschaftliche Bewußtlosigkeit bestehenbleibt. Sie muß durchbrochen werden.“

Wenn sich dann SDS-Repräsentanten tatsächlich der Versuchung hingaben, die Utopie eines „Reiches der Freiheit“ konkreter zu beschreiben, kam ein rigider Antiparlamentarismus zum Vorschein, der in eine Erziehungsdiktatur münden sollte. So wurde die Idee verbreitet, ganz Berlin in eine Räte-demokratie zu verwandeln. Bernd Rabehl entgegnete auf die Frage nach einem positiven Programm im Rahmen einer Diskussion: „Wie kann eine neue Struktur der Stadt aussehen? Sie könnte sich in viele einzelne Kollektive von jeweils drei-, vier-, fünftausend Menschen aufgliedern, die sich um eine Fabrik zentrieren. Die Fabrik ist also nicht nur Arbeitszentrum, sondern muß alle Möglichkeiten zur Entfaltung des Lebens bieten, sie muß gleichzeitig auch Schule, gleichzeitig auch Universität sein. In dieses Kollektiv kann man die Bürokraten als einzelne aufnehmen, sie müssen in diesen Lernprozeß eintreten und ein neues Bewußtsein entwickeln, sie müssen vor allen Dingen auch herausfinden aus ihrer stickigen Familiensphäre.“ Es solle einen „obersten Städterat“ geben, in dem die Vertreter der einzelnen Kommunen, die Räte, jederzeit abwählbar seien. Schließlich meinte Rabehl sogar: „Wo es ganz klar ist, daß eine Umerziehung unmöglich ist, etwa bei älteren Leuten und bei bestimmten Ver-

brechern, da sollte man den Betroffenen die Möglichkeit geben, auszuwandern.“

FÜNFTENS: „1968“, also in einem doppelt codiertem Jahr, konnte das Niederdrücken freiheitlich-sozialistischer Bestrebungen, die Suche nach einem „dritten Weg“, in Prag und in der gesamten tschechischen Republik, nicht ohne Auswirkungen auf die Revolte in Westdeutschland bleiben. Die Proteste und Solidaritätsadressen an Dubcek und seine Anhänger blieben, sieht man von einer Übergangszeit ab, merkwürdig zahm. Die Ideologen der Protestbewegung begannen, sich in die Unvermeidlichkeit der Ost-West-Blockkonfrontation hinzuzufügen und sahen zunehmend ihr Heil nicht mehr in einer „Bewegung“, sondern im Aufbau von „Organisationen“, die immer mehr Parteicharakter annahmen. Insoweit identifizierten sich zunehmend Teile der jungen Linken eher mit dem „real existierenden Sozialismus“ als mit der „westlichen“ Gesellschaftsordnung.

Selbst im späten SDS wurde die „Organisationsfrage“ gestellt. Heute wissen wir mehr darüber, wie sehr es der SED und ihren westdeutschen Ablegern gelang, immer mehr ihre eigene Ideologie zu penetrieren und die diffuse Ideologie des SDS – der entgegen der landläufigen Meinung nur wenige wirkliche Persönlichkeiten mit ideologischer Prägekraft aufwies – in den Hintergrund zu drängen. „Bewegungen“ haben zwar häufig eine allgemeine politische Orientierung und Richtung, verfügen aber über kein klar umrissenes politisches Programm. In jeder Bewegung gibt es eine Reihe allgemeiner politischer Glaubenssätze, die weithin anerkannt

sind, aber in einer „Bewegung“ gibt es meist auch Positionen, die heftig umstritten sind. Die die Bewegung tragende Organisation kann nicht mit dieser voll identisch sein, zumal in eine Bewegung verschiedene Organisationen eingebunden sein können, die ihrerseits jeweils um den Führungsanspruch in einer solchen Bewegung kämpfen können. Lange Zeit hatte der SDS unbestritten diesen Führungsanspruch durchgesetzt, aber er begann, sich immer mehr als Organisation aufzulösen. Schon vor diesem Auflösungsbeschluß vom 21. März 1970 zeigte sich, daß der SDS keinesfalls ein monolithischer Block war, was ein Ausschluß von traditionalistischen Marxisten zeigte.

SECHSTENS: Die Protestrevolte war keine demokratische Revolte im Sinne des Grundgesetzes. Sie war von – häufig vagen – Vorstellungen geprägt, Sozialismus und Demokratie seien identisch und ging von einem politischen Absolutheitsanspruch aus, der in Konfrontation zu den liberalen Freiheitsideen des Grundgesetzes geraten musste. Die von einigen APO-Aktivisten gemachte Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen führte zu einer zunehmenden Enttabuisierung von Gewalt. Die Erkenntnis, daß das sogenannte „Gewaltmonopol“ beim demokratischen Staat liege, wurde immer mehr in Frage gestellt. Das aus den USA importierte „Prinzip der begrenzten Regelverletzung“ brachte die staatlichen Autoritäten in große Reaktionsschwierigkeiten.

Dutschke war Gegner der parlamentarisch-repräsentativen, sondern Verfechter einer Räte Demokratie: „Wenn wir sagen

außerparlamentarisch, soll das heißen, daß wir ein System von direkter Demokratie anzielen – und zwar von Rätedemokratie, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen, wie sie es auf der Grundlage eines gegen jedwede Form von Herrschaft kritischen Bewußtseins für erforderlich halten. Dann würde sich die Herrschaft von Menschen über Menschen auf das kleinstmögliche Maß reduzieren.“ Unabhängig davon, daß die vom SDS erstrebte Rätedemokratie mit dem parlamentarisch-repräsentativen Prinzip des Grundgesetzes nicht vereinbar wäre – der wichtigste und einflußreichste Kritiker des Parlamentarismus in damaliger Zeit war Johannes Agnoli -, ist die Gewaltfrage konstitutiv für die Einschätzung des politischen Charakters einer Bewegung: Der SDS wurde geleitet von einer Strategie der „direkten Aktion“, wozu auch das Prinzip der „begrenzten Regelverletzung“ gehörte, häufig verbunden mit bestimmten Demonstrationstechniken wie Sit-Ins oder Go-Ins. Vorbild waren dabei entsprechende Aktionen in den USA, vor allem in Berkeley. Ziel dieser begrenzten Regelverletzung war es, bestimmte Regeln und gesetzliche Vorschriften zunächst nur in einem begrenzten Maße zu überschreiten – dies aber so, daß sie von den staatlichen Autoritäten nicht widerspruchsfrei hingenommen werden konnten. Dies führte dann häufig zu einer als „unverhältnismäßig“ eingestuften Reaktion staatlicher Gewalt. Dieses war auch so gewollt, weil damit die Wucht staatlicher Gewalt, staatlicher „Repression“, das zunehmende Maß angeblicher „Faschisierung“ dokumentiert werden sollte.

Man propagierte eine „Propaganda der Tat“, „direkte Aktionen“ sollten ihren Beitrag zur „Bewußtwerdung“ der Massen leisten, Ziel war eine „spontane Massenakti-

on“, deren wesentliche Aufgabe nicht nur in der Konfrontation mit der Staatsgewalt bestand. Zunächst sollte diese den an einer solchen Aktion Beteiligten das Gefühl kollektiven politischen Handelns vermitteln, um aus der Situation der „Vereinzlung“ herauszukommen.

Dabei wurde Gewalt durchaus mit einkalkuliert. Rudi Dutschke hat auf die Frage, ob er sich von Gewalt distanzieren, geantwortet: „Nein. Aber die Höhe unserer Gegengewalt bestimmt sich durch das Maß der repressiven Gewalt der Herrschenden. Wir sagen ja zu den Aktionen der Antiautoritären, weil sie einen permanenten Lernprozeß der an der Aktion Beteiligten darstellen.“ Es fand eine Diskussion innerhalb der Protestbewegung statt, welche Grenzen Gewalt haben müsse. Es wurde dabei nicht nur über eine Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen diskutiert, sondern auch über das Gegensatzpaar „befreiende“ Gewalt und „reaktionäre“ Gewalt, wobei letztere von Seiten des Staates komme. Gewalt wurde auch mit dem folgenden Argument legitimiert: „Wir müssen also an Randgruppen der Arbeiterklasse herankommen. Nur die Arbeiter selbst, weil sie eine ganz andere Stellung im Produktionsprozeß haben, sind dazu fähig, extrem vorzugehen. Wir sehen das jetzt schon bei Demonstrationen.“ Auch Dutschke sprach sich dafür aus, revolutionäres Potential in den stagnierenden Produktionszweigen für die politische Arbeit zu gewinnen, nämlich „explosives Potential von Randschichten, die in der Tat bei Demonstrationen nicht davor zurückschrecken, Gewalt anzuwenden.“ Solche Überlegungen der Gewaltanwendung blieben keinesfalls nur theoretischer Natur. In diesem Zusammenhang sollen beispielsweise die Steinschwürfe am Tegeler Weg in Berlin am 4. No-

vember 1968 genannt werden. Jürgen Habermas sprach davon, daß sich seit diesen Steinwürfen „die Gewaltrhetorik der Ostertage in eine Taktik des begrenzten Vandalismus umgesetzt“ habe. Seine Bemerkung vom „linken Faschismus“ löste einen enormen Proteststurm aus. Immer offener bekannten sich SDS-Repräsentanten zur Gewalt, etwa Peter Neitzke, der anlässlich einer Protestdemonstration am 14. Dezember 1968 erklärte, der Kampf gipfele in der „Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates“ und der „Errichtung der Diktatur des ganzen arbeitenden Volkes über seine Peiniger.“

SIEBTENS: *Eine besondere Herausforderung war die Protestrevolte an alle demokratischen Parteien. Die Mitwirkung der SPD in einer Großen Koalition führte zu einer Radikalisierung eines Teiles der ihr einstens nahestehenden Jugendlichen. Die SPD konnte als Regierungspartei in Bundesländern und mit der Großen Koalition 1967 beziehungsweise der sozial-liberalen Koalition ab 1969 und der daraus resultierenden Notwendigkeit zu pragmatischer Politik nicht im gleichen Masse Protestpotential absorbieren, wie das in prinzipieller Opposition befindliche sozialdemokratische Parteien in anderen europäischen Staaten tun konnten.*

Die SPD war von der Protestrevolte in besonderer Weise betroffen, da sie durch den Unvereinbarkeitsbeschluß einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in SDS und SPD im Jahre 1961 einen Teil der intellektuellen Opposition, der an marxistischen Positionen festhielt, verlor. Die institutionelle Verbindung einer radikal-sozialistischen Opposition zu

der traditionellen Arbeiterpartei SPD wurde brüchig. Dies dürfte die Radikalisierung des SDS begünstigt haben. Später fand durch Entzug des Namens „sozialdemokratisch“ des einstigen „Sozialdemokratischen Hochschulbundes(SHB)“ ein vergleichbarer Prozeß statt. Aber auch die Große Koalition brachte der SPD eine enorme Belastungsprobe im Verhältnis zur intellektuellen Linken. Erdmann Linde, der aus dem einstigen „Sozialdemokratischen Hochschulbund(SHB)“ kam, schrieb hierzu: „Jene Teile der außerparlamentarischen Opposition, die schon immer der absoluten Verdammung der SPD das Wort geredet hatten, sahen sich nun in ihrer Meinung bestätigt, daß diese Partei sich schließlich als Agentur der CDU/CSU und der von ihr betriebenen Formierungspolitik enthüllen werde.“ Der Prozeß der „Verbürgerlichung“ der SPD im Gefolge des Godesberger Programmes dieser Partei wurde mit dem Eintritt in die Große Koalition nicht nur endgültig besiegelt, sondern dies führte auch zur Abwendung eines Teiles des linken Flügels dieser Partei, die sich mit den jungen Angehörigen der Protestrevolte zu verbünden suchten. Und die FDP? Zwar konnte sich die FDP während der Großen Koalition als einzige Oppositionspartei profilieren, der ihr nahestehende Studentenverband (wie auch später ihre Jugendorganisation) wurden durch die Protestrevolte aufgesogen.

ACHTENS: *Eine politische Bewegung muss von ihren Zielsetzungen her interpretiert werden, nicht von ihren Folgen, wie das gegenwärtig in der Regel geschieht. Dies ist unwissenschaftlich und ahistorisch. Die „Erfolge“ der 68er Revolution, ihre Langfristwirkungen auf unsere Gesellschaft werden interessanterweise*

von damaligen Aktivisten eher heruntergespielt, weil sie gemessen an den damaligen fundamental-revolutionären Zielsetzungen relativ wenig erreicht haben.

Hinzu kam die Bereitschaft eines nicht unerheblichen Teiles der Aktivisten, sich mit zunehmenden Lebensjahren in dieses „System“ integrieren zu lassen – vor allem an den Hochschulen mit Pensionsberechtigung. Doch sollten die langfristigen Konsequenzen nicht unterschätzt werden. Die deutsche Gesellschaft erhielt in vielen Feldern sicherlich einen „Modernisierungsschub“, insbesondere hinsichtlich der Partizipationsbereitschaft in der Demokratie. Ob allerdings ein solcher Modernisierungsschub allein das Ergebnis der damaligen Protestbewegung war, kann füglich bezweifelt werden. Manche späteren politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen wären auch ohne die „APO“ gekommen, vielleicht zeitlich etwas langsamer.

Und es sei wiederholt: eine soziale Bewegung wie die „68er“-Revolution sollte nicht in erster Linie von ihren langfristigen Wirkungen her beurteilt werden, sondern von ihren Zielsetzungen: Sie war eine kulturrevolutionäre Bewegung mit wenig Toleranz für Andersdenkende, die gegen die vermeintliche „Repression der Herrschenden“ mit eigener „Repression“ antwortete – zum Beispiel an den Hochschulen, die sie zu „befreiten Inseln“ machen wollte, die sich nur vordergründig gegen die Polizei als Vertretung der Staatsgewalt richtete, sondern gegen alle ihre Gegner: Ihre Agitation zeigte sich so in einem Psychoterror gegenüber mißliebigen Professoren genauso wie gegenüber Studenten, wie dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten als damals einzig intakter überregional tätigen demo-

kratischen Studentenorganisation. So wurden dessen Veranstaltungen nicht nur an der Frankfurter Universität mit brutaler Gewalt, zum Beispiel mit Ketten und Eisenstangen, bekämpft. Beispiele für gewaltsamen Kampf gegen den RCDS lassen sich mühe-los für viele andere Hochschulorte bringen wie Berlin, Hamburg, Heidelberg oder Tübingen.

Die Revolte offenbarte immer mehr ihren antidemokratischen Charakter einer Erziehungsdiktatur: Fundamentale freiheitliche Rechte wie das der freien Rede, der demokratischen Teilhabe oder der freien Gewerkschaftsbildung sollten im Namen einer politisch „bewussteren“ Klasse beseitigt werden. Sicher traf diese Zielsetzung nicht für viele derjenigen „frühen“ 68er zu, die damals zunächst gegen den Vietnam-Krieg demonstrierten oder den „Muff unter den Tälaren“ bekämpften. Viele setzten sich dann auch von einer Bewegung ab, die immer mehr ihren ursprünglichen demokratischen Impetus verlor. Das trifft gerade für die frühen „68er“ zu.

Nach 1970 entwickelte sich dann die ein-stige „antiautoritäre“ Bewegung auseinander. Anfang der siebziger Jahre bildeten sich immer mehr kommunistische Gruppen verschiedener Couleur (von DKP-nahen Gruppen bis zu den verschiedenen Spielarten des Maoismus und des Trotzismus). Insbesondere zwischen 1974 bis 1977 zeigten sich die Gefährdungen durch einen zu allem entschlossenem Terrorismus. Während dieser Zeit und danach entwickelte sich immer mehr eine Sponti-Szene, aber auch eine Alternativbewegung, aus der dann die spätere Partei „Die Grünen“ hervorging. Ausserdem entwickelte sich – teilweise im engen Zusammenhang mit der Sponti-Bewegung – eine Hausbesetzerbewegung. Schließlich entwickelte sich (vor allem ab 1980) eine „Frie-

densbewegung“, von der wir gleichwohl heute wissen, wie sehr diese durch die Staatssicherheit der einstigen DDR von ihren Führungsfiguren her gelenkt wurde.

Noch einige persönliche Bemerkungen zur aktuellen Diskussion um den Bundesausenminister Fischer: Es sei vorweg gesagt, daß das „Recht“ zu „Jugendsünden“ (kann man eigentlich diesen Terminus verwenden, wenn man als 24-27jähriger immer noch „Militant“ praktisch lebt?) niemandem abgesprochen sei. Dass Joseph Fischer sich zum Demokraten gemausert hat, sei ihm zuerkannt, auch dass er – nach mehreren Jahren des Zögerns – auf die Frankfurter „Sponti“-Szene zu einem späteren Zeitpunkt „mässigend“ eingewirkt hat, wengleich seine immer wieder als Beleg für seine Mässigung zitierte Rede auf einem Pfingstkongress im Jahre 1976 (der 1948 geborene Fischer wurde 1976 28 Jahre alt) kaum als eine echte Distanzierung von der Gewalt angesehen werden kann. Der Philosoph Oskar Negt, einer der Mentoren der Protestbewegung, erklärt heute zu dieser Rede: „Nichts hat sich in der RAF-Strategie daraufhin verändert. Als politische Distanzierung kann man diese Rede nicht verstehen. Zu einem Zeitpunkt, als selbst politische Analphabeten zu begreifen beginnen, daß eine solche Strategie keine Chance auf Gesellschaftsveränderung bietet, ist zwar ein Abrücken von RAF-Positionen erkennbar, aber mit einem solchen Überhang an Solidaritätsangeboten für die RAF-Aktivisten, daß von einem unzweideutigen Entzug eines sympathisierenden Umfeldes innerhalb der Linken nicht geredet werden kann.“

Doch spätestens, seit im Fernsehen plastisch gezeigt wurde, wie der heutige Vizekanzler unserer Republik auf einen etwa gleichaltrigen, schon am Boden liegenden und wehrlosen Polizisten als Repräsentanten

eines angeblichen „Schweinesystems“ einprügelte, wurde die Gewaltretorik der 68er Revolte, die bis weit in die Mitte der siebziger Jahre anhielt, einem Millionenpublikum wieder offenbar. Auf einmal wurde die inzwischen historisierte „APO“ in die Gegenwart geholt, weil sie mit einem wichtigen Politiker verbunden wurde.

Zu den Bildern vom Strassenkämpfer Fischer wird heute entschuldigend aus seinem Umfeld erklärt, bei der seinerzeit von ihm gebrauchten Gewalt sei es ja schliesslich nicht gegen wehrlose Ausländer, sondern gegen Repräsentanten einer damals abgelehnten politischen Ordnung gegangen. Solche Erläuterungen verharmlosen auf gekonnte und eloquente Weise das Gewaltproblem, genauso wie 1968 „feinsinnig“ zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen differenziert wurde. Und als ob nicht die Übergänge fließend sein müssten. Ist die nackte und brutale Gewalt gegen Polizisten, die sich damals auch gegen Professoren, „reaktionäre“ Studenten oder uneinsichtige Journalisten richtete, wirklich entschuldbarer als die heutige Gewalt gegen Ausländer? Dieser argumentative Trick darf nicht durchgelassen werden. Denn dann würde zuerkannt, dass „linke Gewalt“ legitimerter, moralisch leichter nachvollziehbar sei als „rechte Gewalt“ – übrigens auch mit der Konsequenz, dass ehemaligen linken Radikalen die Rückkehr in die demokratische Gemeinschaft ermöglicht würde, ehemaligen Rechtsradikalen eine solche Rückkehr aber stets versagt bliebe.

Fischer, der immer schon von seiner jeweiligen Mission überzeugt war, hat nicht das Zeug zum Rücktritt wie seine ehemalige Ministerkollegin Fischer – aber er wird sich fragen müssen, warum er in der Tradition auch vieler, von ihm bekämpfter Politiker von seinen abscheulichen, als „Gegenge-

walt“ deklarierten Gewaltakten nur jeweils soviel zugibt, wie gerade bekannt wird. Dabei ist nebensächlich, von wem auch immer recherchiert wird – und sei es drum, dass sich pikanterweise gerade eine Meinhof-Tochter auf die Fischer-Spurensuche gemacht hat. Der Minister wird sich in der Bevölkerung auch weiterhin einer Beliebtheit erfreuen, die sich an Figuren erfreut, die auf dem „Lauf zu sich selbst“ sind.

Aber alle Vernebelungskerzen von ihm, seinen Freunden und manchen Journalisten lassen den eigentlich starken Mann der grünen Partei jetzt weniger glaubwürdig erscheinen, wenn er sich über heutige Gewalt-

exzesse (zum Beispiel gegen den französischen Polizisten Nivel durch deutsche Hooligans oder über Ausländerfeindlichkeit durch Rechtsextreme) erregt. Der auch von vielen Wissenschaftlern hochgestylte und angeblich humanistische Mythos der 68er holt jedenfalls seine einstigen Wortführer wieder ein. Fischer hat gleichwohl von seinen einstigen „Heldentaten“ kaum noch was zu befürchten – nur von sich selbst, kämen nämlich weitere, bisher verschwiegene Fakten ans Tageslicht. Gewalttätige Aktivitäten in einer Sponti-Szene in den Siebzigern sind jedenfalls für sich noch kein Glaubwürdigkeitsticket für höchste Staatsämter.